

Das Politische System Deutschlands

Einführungsvorlesung BM3
Donnerstag 8:15 – 9:45, LSE

Kursplan (1)

1. Einführung in die Thematik

- (1) Einführung
- (2) Verfassungssystem

2. Politische Kerninstitutionen

- (3) Exekutive: Bundesregierung // Bundespräsident
- (4) Legislative: Bundestag und Bundesrat
- (5) Föderalismus: Länder und Kommunen
- (6) Verwaltung und Bundesverfassungsgericht

Kursplan (2)

3. Politische Akteure und Prozesse

- (7) Wahlsystem, Wahlverhalten und Politische Kultur
- (8) Parteiensystem und innerparteiliche Demokratie
- (9) Interessengruppen, Eliten und Medien

4. Verschiebungen und Veränderungen

- (10) Grundgesetzänderungen, Staatsfinanzen, Europäisierung

5. Prüfungen

- (11) Modulabschlussklausur BM3

Zeitungsartikel

- *Wolfgang Rudzio: Kapitel 6 und 16, 155-190 und 465-490*
- *Karlsruhe erklärt Wahlrecht für verfassungswidrig, Spiegel Online, 25.7.2012*

Warum sollte man sich mit Datenanalyse auseinandersetzen? Wahlforschung (1) - Meinung

Zweite Runde der Regionalwahlen

Schlappe für Le Pens Front National

Stand: 14.12.2015 05:35 Uhr



Nach Platz eins in der ersten Runde ist das Ergebnis der entscheidenden Runde der Regionalwahlen in Frankreich für den rechtsextremen Front National eine herbe Niederlage. Die Partei von Marine Le Pen gewann in keiner Region und fiel landesweit auf Rang drei zurück.

Bei der zweiten Runde der Regionalwahlen in Frankreich haben der rechtsextreme Front National (FN) und Parteichefin Marine Le Pen die Erfolge der ersten Runde nicht wiederholen können. Landesweit fiel die Partei im V ersten auf den dritten Platz zurück. Zudem gelang e Regionen, den Regionalpräsidenten zu stellen - vor e in sechs Regionen vorne gelegen.

www.tagesschau.de

www.welt.de

 13.12.15

POLITIK FRONT-NATIONAL-SCHLAPPE

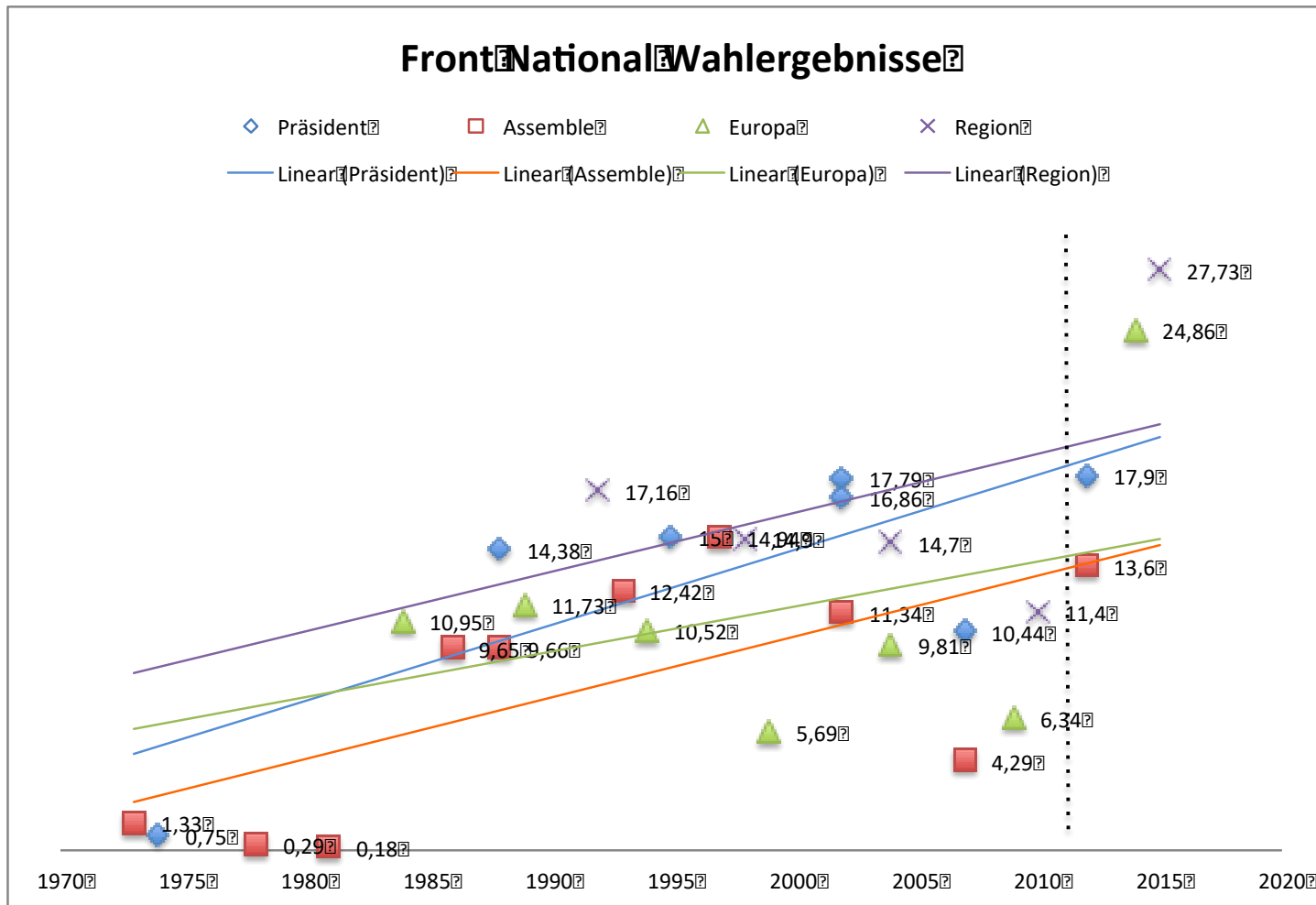
Frankreichs "republikanische Sperre" hat funktioniert

Niederlage für die rechtspopulistische Partei von Marine Le Pen bei Frankreichs Regionalwahlen: Der Front National konnte keine Region erobern. Premier Valls warnt: "Die Gefahr ist nicht gebannt."

 159   Empfehlen  87  Twittern   8

Von Martina Meister, Paris

Warum sollte man sich mit Datenanalyse auseinandersetzen? Wahlforschung (2) - Empirie



Warum sollte man sich mit Datenanalyse auseinandersetzen? Wahlforschung (3) –

Umfrageaufschwung für die SPD: Aus der 25-Prozent-Partei wird die 26-Prozent-Partei



SPD-Chef Gabriel beim Parteitag: Schlechtes Ergebnis bei Wiederwahl zum Vorsitzenden

Die Sozialdemokraten haben ihren Chef Gabriel beim Parteitag bei seiner Wiederwahl abgestraft. Immerhin gibt es einen Umfrage-Lichtblick. Mitleid kann es nicht gewesen sein, die Befragung wurde vor dem Treffen der Sozis gemacht.

Daten zur Umfrage:

Stichprobe: Emnid befragte 2321 repräsentativ ausgesuchte Bundesbürger.

Zeitraum: 3. bis 9. Dezember 2015

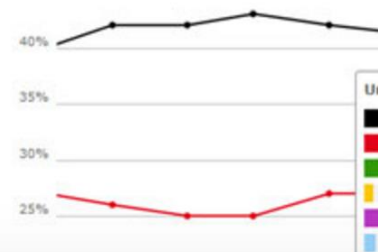
Statistische Fehlertoleranz: keine Angabe

Sonntagsfrage

Umfragewerte ermittelt durch

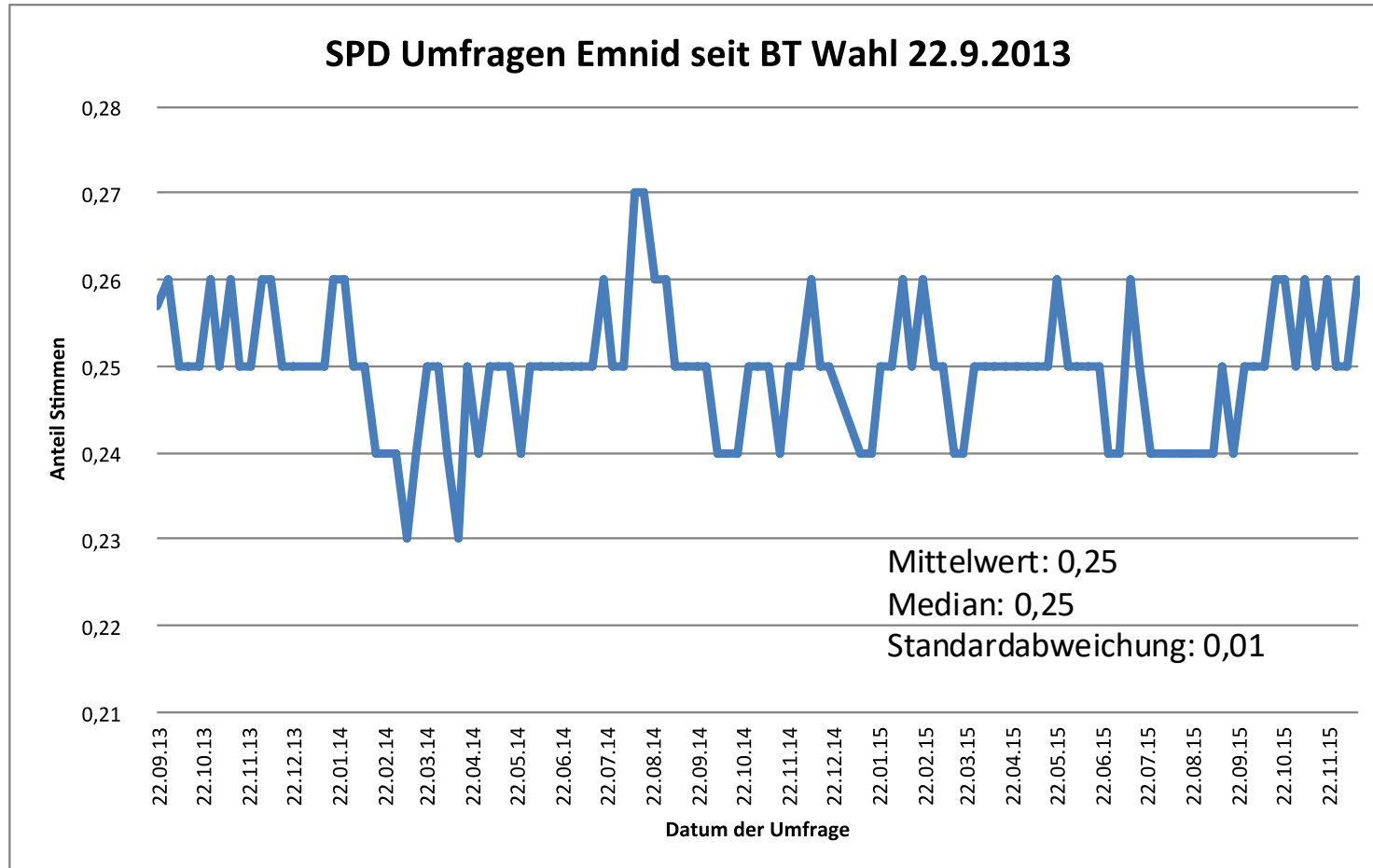
- ☒ Infratest Dimap
- ☐ GMS
- ☐ Allensbach
- ☐ Forschungsgruppe Wahlen
- ☐ Institute-Vergleich anzeigen

1 Monat 3 Monate 6 Monate 1 Jahr Gesamt



www.spiegel.de , 13.12.15

Warum sollte man sich mit Datenanalyse auseinandersetzen? Wahlforschung (4) - Empirie



Daten: wahlrecht.de

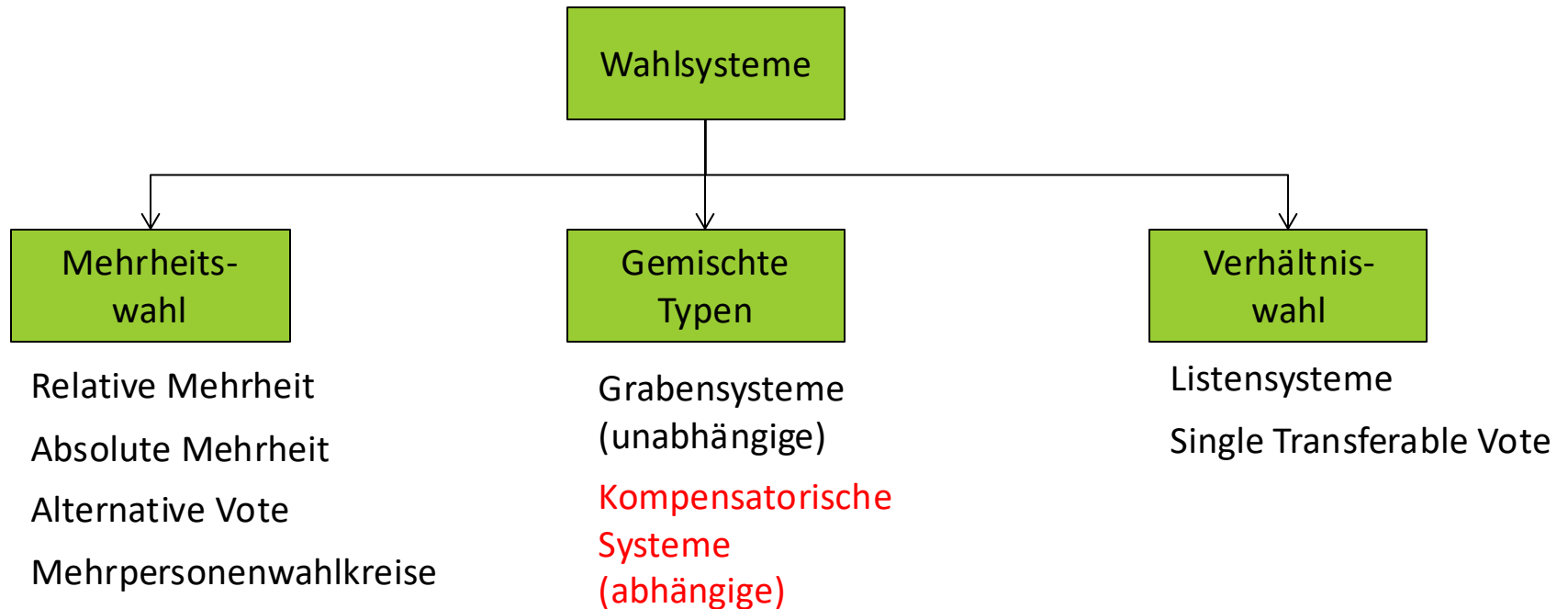
Lernziele der Sitzung

- Die wesentlichen Elemente des deutschen Wahlsystems
- Fähigkeit zur Berechnung der Disproportionalität eines Wahlsystems
- Die wesentlichen Determinanten des Wahlverhaltens

Gliederung der Sitzung

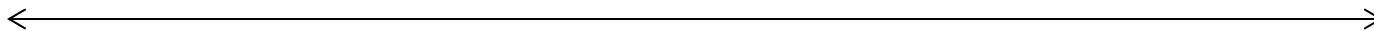
- Übersicht Wahlrecht
 - Erst- und Zweitstimme
 - Sperrklauseln
 - Stimmenverrechnungsverfahren
 - Stimmenauszählung
 - Exkurs Überhangmandate
 - Kandidatennominierung
- Disproportionalität Wahlsystem
- Wahlbeteiligung und Wahlverhalten
- Politische Kultur

Grundtypen von Wahlsystemen und ihre Unterformen



Wahlkreisgröße M

- M bezeichnet die Wahlkreisgröße (District Magnitude)
- Mit Veränderung der Wahlkreisgröße kann man sich von einem Mehrheits- zu einem Verhältniswahlsystem bewegen
 - Verhältniswahl: Ein nationaler Wahlkreis für alle Abgeordneten $M = N$
 - Mehrheitswahl: Ein Wahlkreis pro Abgeordnetem $M = 1$



$M = 1$

Reine Mehrheitswahl

$M = N$

Reine Verhältniswahl

Ziele und Anwendungsbereiche unterschiedlicher Wahlsysteme

Mehrheitswahl

- Ziel: Repräsentation der Mehrheit im Wahlkreis und klare Mehrheiten
- Geringe Proportionalität bei der Übersetzung von Stimmen in Mandate
- Erzeugt große Mehrheiten

Verhältniswahl

- Ziel: Exakte Abbildung des Wählerwillens auf nationaler Ebene
- Hohe Proportionalität bei der Übersetzung von Stimmen in Mandate
- Erzeugt mehr Parteien

Gliederung der Sitzung

- Übersicht Wahlrecht
 - Erst- und Zweitstimme
 - Sperrklauseln
 - Stimmenverrechnungsverfahren
 - Stimmenauszählung
 - Exkurs Überhangmandate
 - Kandidatennominierung
- Disproportionalität Wahlsystem
- Wahlbeteiligung und Wahlverhalten
- Politische Kultur

Historische Übersicht

- Im Grundsatz unverändert seit 1949
- Abkehr vom hochgradig proportionalen Wahlsystem in Weimar
- Parlamentarischer Rat bestand auch aus Vertretern kleinerer Parteien, deshalb keine relative Mehrheitswahl, obwohl von der CDU/CSU favorisiert
- Zunehmend aber wieder stärkere Proportionalisierung

Grundgesetzliche Regelungen

■ Art. 38 GG

- (1) Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.
- (2) Wahlberechtigt ist, wer das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat, wählbar ist, wer das Alter erreicht hat, mit dem die Volljährigkeit eintritt.
- (3) Das Nähere bestimmt ein Bundesgesetz.

■ Art. 39 GG

- (1) Der Bundestag wird auf vier Jahre gewählt. Seine Wahlperiode endet mit dem Zusammentritt eines neuen Bundestages. Die Neuwahl findet frühestens fünfundvierzig, spätestens siebenundvierzig Monate nach Beginn der Wahlperiode statt. Im Falle einer Auflösung des Bundestages findet die Neuwahl innerhalb von sechzig Tagen statt.
- (2) Der Bundestag tritt spätestens am dreißigsten Tage nach der Wahl zusammen.

Übersicht: Wahlrecht auf Bundesebene

- Wahlsystem: Personalisiertes Verhältniswahlrecht (gemischt-kompensatorisches System)
 - Erststimme: Wahl eines Direktkandidaten in 299 Einerwahlkreisen
 - Zweitstimme: Parteipräferenz (Mandatsverteilung) auf einer starren Parteiliste
 - Gesamt 630 Mandate (Seit 2024, davor 598)
 - Wahlhürde: 5% Sperrklausel mit Grundmandatsklausel
- Wahlformel: Saint-Laguë ab 2009
- Verrechnungsebene: Bundesebene nach Landeslisten, keine Überhang- und Ausgleichsmandate (seit 2024, davor beides)
- Kandidatenwahl: Starre Listen auf Landesebene
- Fazit: Kompensatorisches System, kein Grabensystem

Wie sieht der Stimmzettel bei der Bundestagswahl aus?

Anlage 26
(zu § 28 Abs. 3 und § 45 Abs. 1 BWO)

Stimmzettelmuster

- Mindestens DIN A 4 -

Stimmzettel

für die Wahl zum Deutschen Bundestag im Wahlkreis 63 Bonn

am

Sie haben 2 Stimmen



hier 1 Stimme

hier 1 Stimme

für die Wahl

für die Wahl

eines/einer Wahlkreis-
abgeordneten

einer Landesliste (Partei)
- maßgebende Stimme für die Verteilung der
Sitze insgesamt auf die einzelnen Parteien -

Erststimme

1	Kelber, Ulrich Digitalminister Bonn/Ges. Hauptstraße 37	SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands	<input type="radio"/>
2	Hauser, Norbert Rechtsanwalt Bonn/Bad Godesberg Hauptstraße 38	CDU Christlich Demokratische Union Deutschlands	<input type="radio"/>
3	Dr. Westerwelle, Guido Rechtsanwalt Bonn Zoostraße 85	F.D.P. Freie Demokratische Partei	<input type="radio"/>
4	Manemann, Coletta Digital Ministerin Bonn Hauptstraße 2	GRÜNE BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	<input type="radio"/>
8	Muchler, Frank Rechtsanwalt Düsseldorf Hauptstraße 45	BüSo Bürgerrechts- bewegung Solidarität	<input type="radio"/>

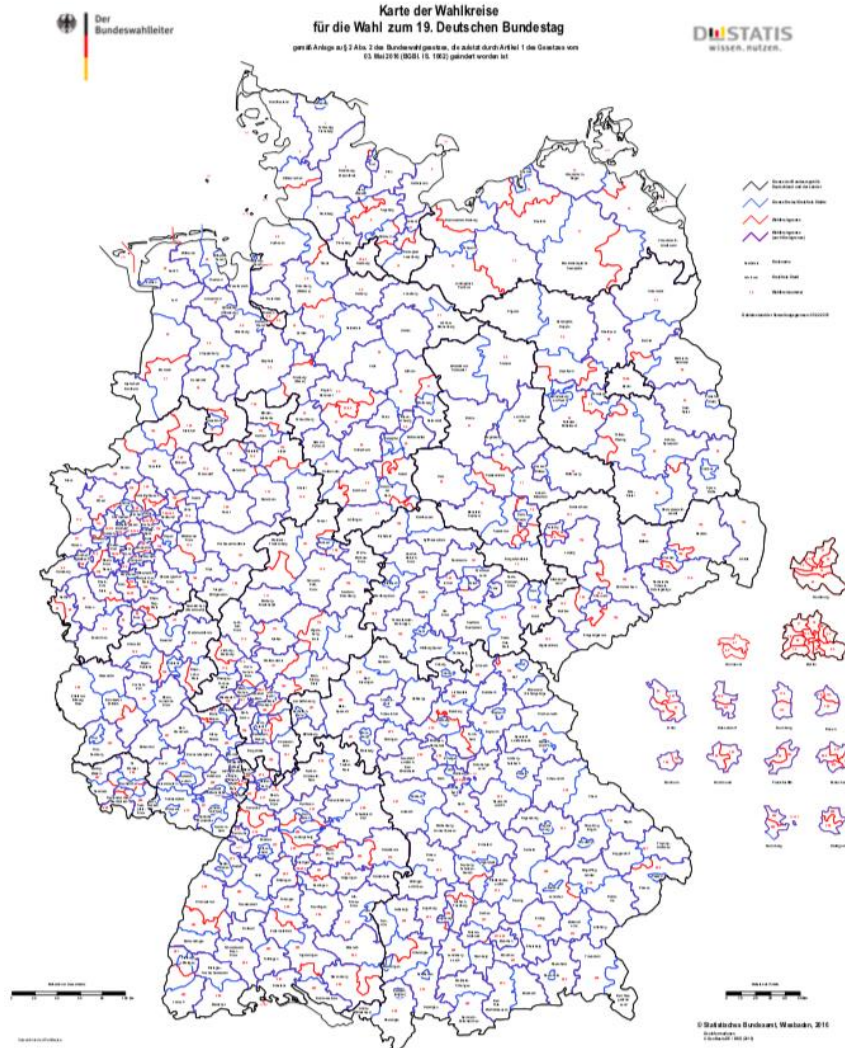
Zweitstimme

<input type="radio"/>	SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands Frankfurt/Main, Arndt-Brück, Rudolf-Diesel- Werkstatt, Godesheim, Hauptstraße 37	1
<input type="radio"/>	CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands Dr. Norbert Blum, Peter Hinkel, Ingrid Kuntzke, Dr. Norbert Lütjens, Dr. Klaus-Dieter	2
<input type="radio"/>	F.D.P.	Freie Demokratische Partei Dr. Guido Westerwelle, Jürgen W. Mölken, Ulrich Gellert, Paul Friedrich, Dr. Werner H. Hoff	3
<input type="radio"/>	GRÜNE	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Kerstin Müller, Ludger Volmer, Christa Nickels, Dr. Reinhard Loske, Sören Pöhl	4
<input type="radio"/>	PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus Ulrich Jähres, Udo Lütke, Knut Wölk, Ernst-Dieter Klein	5
<input type="radio"/>	Deutsch- land	Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland Hans-Joachim, Dr.-Ing. Helmut Fink, Dietmar Lohr, Dieter, Rüdiger, Rüdiger, Lohr	6
<input type="radio"/>	APPD	Anarchistische Pogo- Partei Deutschlands Rainer Kaufmann, Mathias Benda, Daniel Loh, Rüdiger, Lohr, Knut Wölk	7
<input type="radio"/>	BüSo	Bürgerrechtsbewegung Solidarität Hans-Joachim, Lohr, Lohr, Viktor, Schürmann, Hildgert, Rainer-Klein, Lohr von Lohr	8

Was ist die Erst- und Zweitstimme bei der Bundestagswahl?

- Mit der Erststimme wird der Abgeordnete im Wahlkreis gewählt
 - Die Wahl erfolgt nach relativer Mehrheitswahl
 - Derjenige Kandidat gewinnt, der die meisten Stimmen erhält (analog zum britischen System)
- Mit der Zweitstimme wird eine Partei gewählt
 - Die Wahl erfolgt nach Verhältniswahl
 - Die Zweitstimme ist die zentrale Grundlage für die Mandatsvergabe im Deutschen Bundestag

Wahlkreiseinteilung BRD



- 299 Wahlkreise
- Durchschnittliche Größe (2009): 208.208 Wahlberechtigte
- Minimale Größe (2002): Deggendorf (152.670 Wahlberechtigte)
- Maximale Größe (2002): Bremen I (249.388 Wahlberechtigte)
- Maximale Soll-Abweichung vom Durchschnitt: 15%
- Maximal zulässige Größe der Abweichung vom Durchschnitt: 25%
- Einteilung im Bundeswahlgesetz geregelt

Wahlberechtigte (2025)

- Mindestens 59,2 Mio. Wahlberechtigte
- Geschlecht:
 - 28,6 Millionen Männer
 - 30,6 Millionen Frauen
- Alter:
 - Erstmals Wahlberechtigte: 2,3 Millionen
 - 18-29: 7,9 Millionen
 - 30-49: 16,6 Millionen
 - 50-69: 21 Millionen
 - 70 und mehr: 13,7 Millionen

Gliederung der Sitzung

- Übersicht Wahlrecht
 - Erst- und Zweitstimme
 - Sperrklauseln
 - Stimmenverrechnungsverfahren
 - Stimmenauszählung
 - Exkurs Überhangmandate
 - Kandidatennominierung
- Disproportionalität Wahlsystem
- Wahlbeteiligung und Wahlverhalten
- Politische Kultur

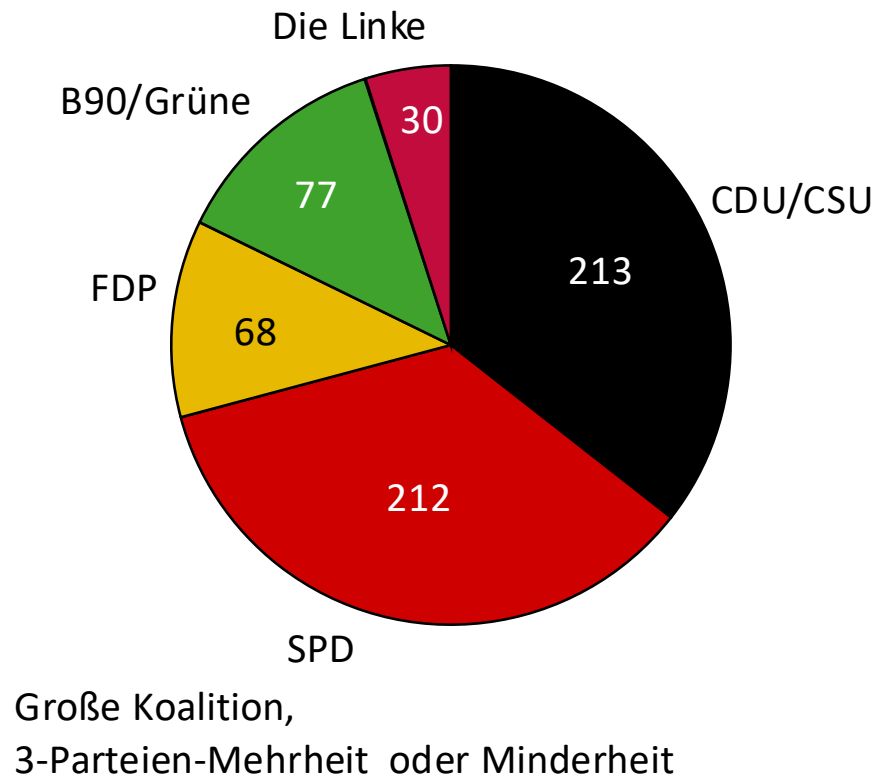
Sperrklausel in der BRD

- Zielsetzung: Zersplitterung des Parteiensystems vermeiden
- Erreicht eine Partei 5%, zieht sie auf Basis ihrer Stimmenstärke in den Bundestag ein
- Alternativ zieht sie auf Basis ihrer Stimmenstärke in den Bundestag ein, wenn sie 3 Direktmandate erreicht (Grundmandatsklausel), (z.B. PDS 1994)
- Direkt gewonnene Mandate behält sie unabhängig davon, ob sie einzieht oder nicht (z.B. 2 Mandate der PDS in 2002)
- Bezugsgröße: 5% der abgegebenen Stimmen im Bundesgebiet (!), Sonderregelung 1990 bei der ersten gesamtdeutschen Wahl
- Ausnahme: Minderheiten (Südschleswigscher Wählerverband, 1 Mandat bis 1961)

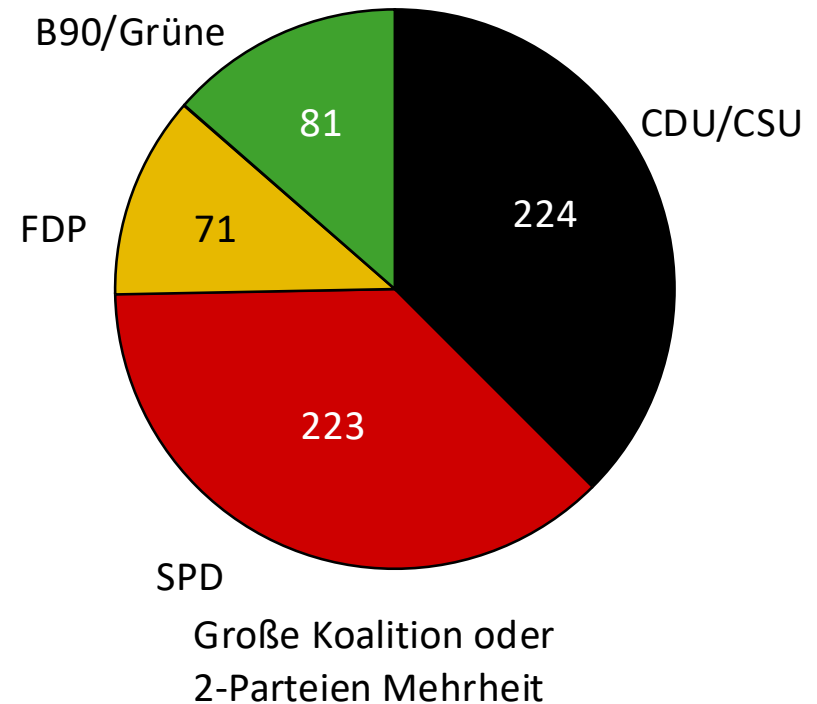
Beispielrechnung: Die 5%-Hürde und ihr Effekt

Hypothetisches Wahlergebnis: CDU/CSU: 35,5%, SPD: 35,4%, FDP: 11,3%, Bündnis 90/Grüne: 12,9%, Die Linke 4,9%, 600 Mandate

Ohne 5%-Sperrklausel



Mit 5% Sperrklausel



Zuvor im Parlament vertretene „Opfer“ der Sperrklausel seit den 1960er Jahren

- Grüne (West) 1990 mit 3,8%
 - Retten sich jedoch über die Grünen in den neuen Bundesländern, da die 5%-Klausel für West- und Ostdeutschland getrennt galt
- PDS 1994 mit 4,4%
 - Erreicht jedoch 4 Direktmandate und damit Gruppenstatus, jedoch keinen Fraktionsstatus
- PDS 2002 mit 4,0%
 - Erreicht jedoch 2 Direktmandate, damit aber keinen Fraktions- oder Gruppenstatus
- FDP 2013 mit 4,8%
 - Davor öfter an der Grenze, aber immer darüber bis 2013
- Die Linke 2021 mit 4,9%
 - Erreicht jedoch 3 Direktmandate, erhält dennoch zuerst Fraktionsstatus, da mehr als 5% der Mitglieder des Bundestages. Veränderung 2023 nach Abspaltung des BSW zu Gruppenstatus

Gliederung der Sitzung

- Übersicht Wahlrecht
 - Erst- und Zweitstimme
 - Sperrklauseln
 - Stimmenverrechnungsverfahren
 - Stimmenauszählung
 - Exkurs Überhangmandate
 - Kandidatennominierung
- Disproportionalität Wahlsystem
- Wahlbeteiligung und Wahlverhalten
- Politische Kultur

Übergänge – Wahlformeln

- Wahlformeln dienen zur Umrechnung von Stimmen in Sitze
- Es lasse sich folgende Grundtypen unterscheiden
 - Quotenverfahren: Hare-Niemeyer, Hagenbach-Bischoff, Droop, Imperiali
 - Divisorverfahren: D'Hondt, Saint-Lague, modifiziertes Saint-Lague
- Nähere Erläuterung in der Vorlesung „Vergleichende Politikwissenschaft“

Welche Wahlformeln wurden bisher für die Zuteilung der Zweitstimmen verwendet?

- Bis 1986: Höchstzahlverfahren d'Hondt (Divisorenreihe 1,2,3...)
 - 1987-2008: Wahlzahlverfahren Hare-Niemeyer und größter Überrest (Stimmenzahl/Mandatszahl = Wahlzahl)
 - Ab 2009: Höchstzahlverfahren Saint-Laguë (Divisorenreihe 1,3,5..)
- **Es gibt insgesamt einen Trend zur stärkeren Proportionalisierung!**

Gliederung der Sitzung

- Übersicht Wahlrecht
 - Erst- und Zweitstimme
 - Sperrklauseln
 - Stimmenverrechnungsverfahren
 - Stimmenauszählung
 - Exkurs Überhangmandate
 - Kandidatennominierung
- Disproportionalität Wahlsystem
- Wahlbeteiligung und Wahlverhalten
- Politische Kultur

Stimmauszählung und -verrechnung

Doppeltes Verrechnungsverfahren

- Schritt 1: Anzahl einer Partei zustehenden Mandate wird für das gesamte Bundesgebiet auf Basis der Zweitstimmen berechnet (nach Saint-Laguë)
- Schritt 2: Anzahl einer Partei zustehenden Mandate wird für alle Bundesländer separat berechnet (nach Saint-Laguë)
- Schritt 3: Anrechnung der Direktmandate auf das Zweitstimmenergebnis
- Schritt 4 (entfällt bei BTW 2025): Ausgleich der Überhangmandate durch Ausgleichsmandate
- Schritt 4 (neu): Ggf Abzug der Überhangmandate an Direktmandaten

Gliederung der Sitzung

- Übersicht Wahlrecht
 - Erst- und Zweitstimme
 - Sperrklauseln
 - Stimmenverrechnungsverfahren
 - Stimmenauszählung
 - Exkurs Überhangmandate
 - Kandidatennominierung
- Disproportionalität Wahlsystem
- Wahlbeteiligung und Wahlverhalten
- Politische Kultur

Gemischte / kombinierte Wahlsysteme: Abhängige Systeme

- Grundidee:
 - Abgeordneten werden teils direkt gewählt, teils über eine Liste nach Verhältniswahl
 - Listenmandate kompensieren also die durch Einerwahlkreise entstehende Disproportionalität
 - Es findet eine Verrechnung zwischen den beiden Teilsystemen statt
- Jeder Wähler hat zwei Stimmen: Eine für die Direktwahl, eine für die Listenwahl
- Listenmandate stellen sicher, dass die Gesamtzahl der Sitze einer Partei proportional zu ihrem landesweiten Stimmenanteil ist
- Name: Kompensatorische Systeme
- Beispiel: Deutschland

Überhangmandate

- Das abhängige System kann so genannte Überhangmandate erzeugen
- Dies ist immer dann der Fall, wenn eine Partei mehr Mandate über die Direktwahl gewinnt, als ihr auf Grundlage des Gesamtstimmenanteils zustehen würde
- Überhangmandate treten insbesondere dann auf, wenn eine Partei viele Direktmandate in einem Mehrparteiensystem gewinnt
- Überhangmandate fördern die Disproportionalität

Überhangmandate an einem theoretischen Beispiel

Umsetzung von Stimmanteile in Sitzanteile

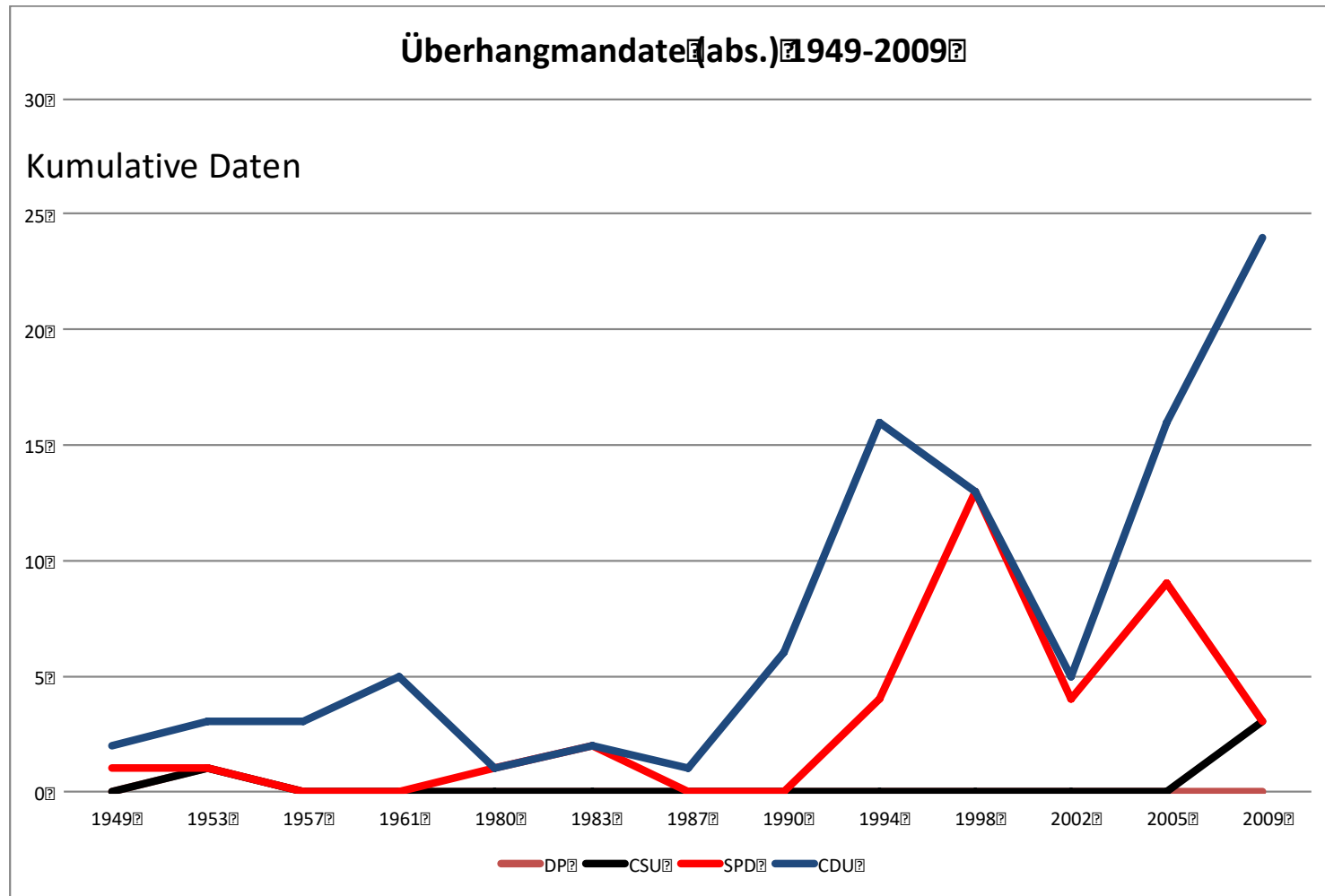
Wahlkreise	Stimmen in Einerwahlkreisen					Stimmen	Gewonnene Sitze			
	1	2	3	4	5	Nationale Liste	% Stimmen	Direkt	Liste	Gesamt
Partei A	3000	3000	3000	3000	3000	15000	40	5	0	5
Partei B	2250	2250	2250	2250	2250	11250	30	0	3	3
Partei C	2250	2250	2250	2250	2250	11250	30	0	3	3
Gesamt	7500	7500	7500	7500	7500	37500	100	5	6	10+1

- In diesem Beispiele stehen 10 nationale Mandate zur Verfügung, davon 5 Direktmandate und 5 Listenmandate
- Partei A stehen nach der Prozentverteilung 4 Mandate zu, sie gewinnt jedoch über die Direktwahl bereits 5 Mandate. Damit entsteht ein Überhangmandat
- Überhangmandate können zu einer Verschiebung des Ergebnisses führen

Überhangmandate in Deutschland bis 2012

- Überhangmandate werden vergeben, wenn eine Partei in einem Bundesland mehr Mandate über Erststimmen gewinnt, als ihr über den Zweitstimmenanteil zusteht
- Diese vergrößern die Mandatsanzahl über die 598 Proporzmandate hinaus
- Überhangmandate wurden bis 2013 nicht nachbesetzt

Überhangmandate 1949-2009



Quelle: Der Bundeswahlleiter (2017): Überhangmandate

Warum treten auf einmal so viele Überhangmandate auf?

Treten besonders in regionalen Hochburgen oder durch taktisches Wählen auf:

- Direkte Ursachen: Viele gewonnene Direktmandate bei wenigen Parteistimmen (z.B. Hochburgen kleiner Parteien) innerhalb eines Bundeslandes
- Indirekte Ursachen: Ungleichmäßige Wahlbeteiligung, Wirkung der Verrechnungsmethode, ungleich große Wahlkreise

Denkbare Gegenmaßnahmen gegen zu viele Überhangmandate

- Änderung des Wahlsystems: Früher Diskussion um den Nutzen einer relativen Mehrheitswahl. Grundidee: Bildung von klaren Mehrheiten und Regierungswechsel
- Heute
 - Überhängende Sitze von anderen Parteien abziehen (noch stärkere Verzerrung)
 - Parlament vergrößern und den Parteienproporz wiederherstellen durch Ausgleichsmandate (Keine Verzerrung, aber großes Parlament)
 - Überhangmandate nicht vergeben (Keine Verzerrung, aber Legitimationsproblem)

Wie ist die Regelung zu den Überhangmandaten? (1) - 2008

- Alte Regelung wurde 2008 durch das Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt
- Gesetzgeber hatte bis 2011 Zeit, eine Neuregelung zu finden
- Grund: Risiko des negativen Stimmengewichts. Eine Partei kann unter bestimmten Umständen bei mehr Stimmen ein Mandat einbüßen (Alabama Paradox)

Wie ist die Regelung zu den Überhangmandaten? (2) - 2011

- Geringfügige Änderungen, die das Risiko negativer Stimmgewichte ändern sollen
- Neue Lösung erhöht vermutlich die Zahl der Überhangmandate (zu Gunsten der CDU/CSU)
- Verkündet: 2. Dezember 2011
- 294 zu 291 Abgeordnete (CDU/CSU/FDP gegen Opposition), Klage durch SPD
- Beanstandung durch das Bundesverfassungsgericht am 25. Juli 2012

Wie ist die Regelung zu den Überhangmandaten? (3) - 2012

- Ausgleichsmandate zur Kompensation der Überhangmandate
- Proportionalität wird gestärkt
- Führt zu Vergrößerung des Bundestages
- 11. Dezember 2012 eingebracht
- 21. Februar 2013 Annahme im Bundestag
- 9. Mai 2013 Inkrafttreten neuer § 6 Bundeswahlgesetz
- Erste Anwendung: 22. September 2013 Bundestagswahl mit 631 Mandaten statt erwarteter 598 ($299 * 2$)
- Zweite Anwendung: 24. September 2017 mit 709 Sitzen

Bundestagswahl 2013 - Ausgleichsmandate

Partei	Zweitstimmen %	Sitze	Wahlkreissitze	Ausgleichsmandate
CDU	34,1	255	191	13
SPD	25,7	192	58	9
DIE LINKE	8,6	64	4	4
GRÜNE	8,4	63	1	2
CSU	7,4	56	45	0

Ergebnis: Größe des Bundestages wächst durch Überhang- und Ausgleichsmandate

Quelle: Bundeswahlleiter, Vorläufiges Endergebnis, PM 23.9.2013

Vorschlag der Ampel zum Wahlrecht - März 2023

- Ziel: Verkleinerung des Bundestages auf 630 Abgeordnete, die bestehende Größe wurde als inflationär gesehen
- Maßnahmen:
 - Abschaffung von Überhang- und Ausgleichsmandaten
 - Einführung des Zweitstimmendeckungsverfahrens: Ein Direktmandat führt nur dann zum Einzug in den Bundestag, wenn die Partei genügend Zweitstimmen erhält
 - Abschaffung der Grundmandatsklausel, wodurch Parteien unter 5 % bundesweiter Zweitstimmenanteil auch bei Gewinn von Direktmandaten nicht in den Bundestag einziehen
- Kritik von Oppositionsparteien, insbesondere der CSU und Die Linke, die durch die Abschaffung der Grundmandatsklausel benachteiligt sind → Organklage vor dem BVerfG wegen Verletzung des Rechts auf Chancengleichheit

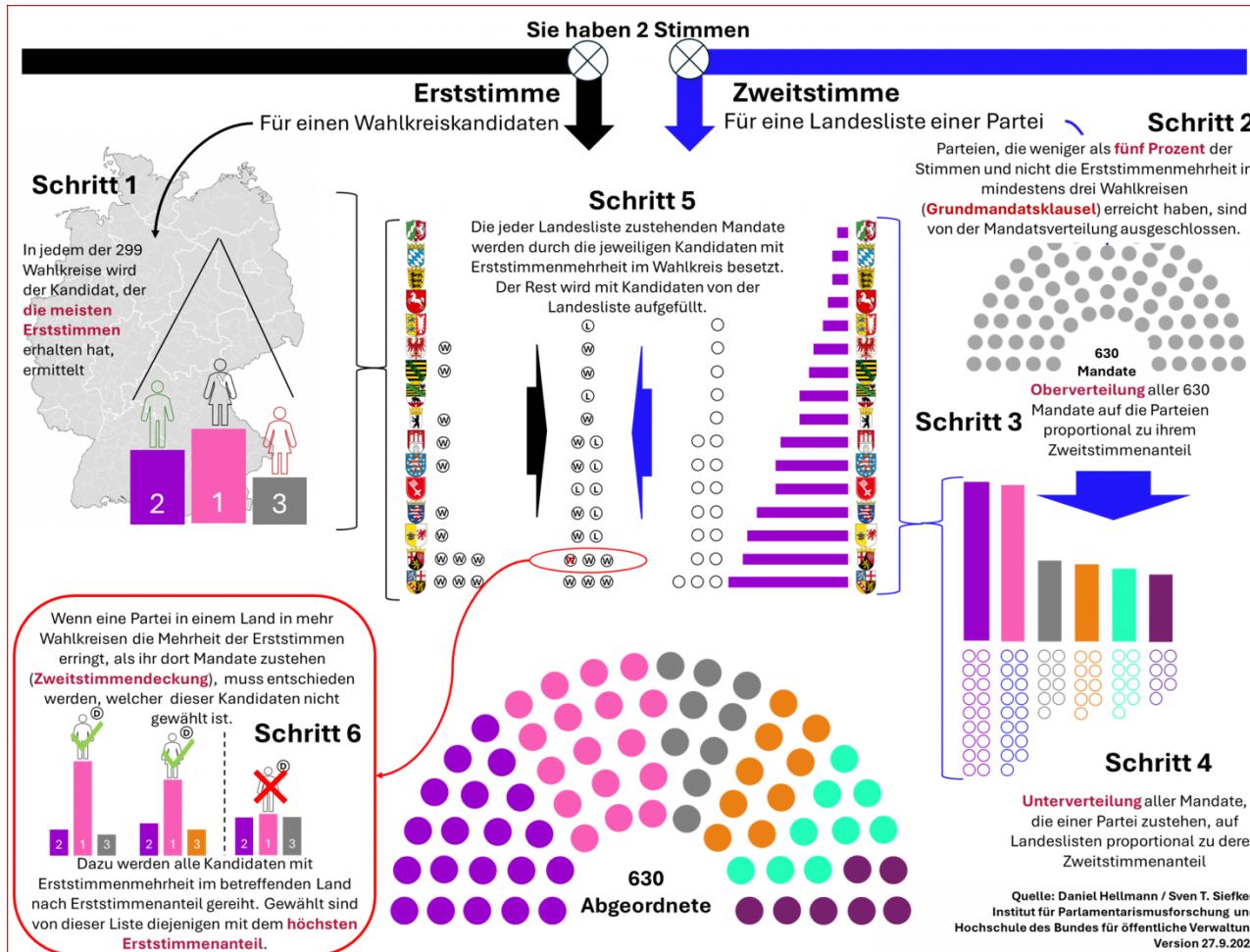
Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts - Juli 2024

- Urteil: Bundesverfassungsgericht erklärt die Wahlrechtsreform 2023 in weiten Teilen für verfassungsgemäß, jedoch mit Einschränkungen
- Kernpunkte:
 - Bestätigung des Zweitstimmendeckungsverfahrens als verfassungskonform
 - Feststellung, dass die Abschaffung der Grundmandatsklausel verfassungswidrig ist; diese muss beibehalten werden
- Notwendigkeit der Anpassung des Bundeswahlgesetzes entsprechend den Vorgaben des Gerichts

Geltendes Wahlrecht bei der Bundestagswahl 2025 (1)

- Grundstruktur: Beibehaltung des personalisierten Verhältniswahlrechts mit Erst- und Zweitstimme
- Zweitstimmendeckungsverfahren:
 - Wenn eine Partei mehr Direktmandate gewinnt, als ihr nach dem Zweitstimmenergebnis zustehen, ziehen nicht mehr alle Wahlkreisgewinner garantiert in den Bundestag ein. Überhangmandate werden nicht vergeben
 - Frage: welcher der direkt gewählten ist nun „Überhang“ und soll sein direkt gewonnenes Mandat nicht bekommen?
 - Lösung: Vergleich der Stimmenanteile der Direktmandate einer Partei, sodass nur Kandidaten mit besten Ergebnissen ein Direktmandat gewinnen, wenn es zu Überhängen kommt
- Verkleinerung des Bundestages auf 630 Abgeordnete durch Wegfall von Überhang- und Ausgleichsmandaten
- Beibehaltung der Grundmandatsklausel

Geltendes Wahlrecht bei der Bundestagswahl 2025 (2)



Gliederung der Sitzung

- Übersicht Wahlrecht
 - Erst- und Zweitstimme
 - Sperrklauseln
 - Stimmenverrechnungsverfahren
 - Stimmenauszählung
 - Exkurs Überhangmandate
 - Kandidatennominierung
- Disproportionalität Wahlsystem
- Wahlbeteiligung und Wahlverhalten
- Politische Kultur

Aufstellung der Landeslisten

- Von den jeweiligen Landesparteien beim Landesparteitag aufgestellt in geheimer Wahl
- Ranking der Listenkandidaten (Platz 1, Platz 2....)
- Für Wähler handelt es sich auf dem Stimmzettel um starre Listen, d.h. sie können die Reihung der Kandidaten nicht beeinflussen
- Oftmals Absicherung der Direktkandidaten über Landeslisten

Landesliste SPD Baden-Württemberg Bundestagswahl 2009

Rot: Direktmandat, Grün: Erfolgreicher Listenplatz

- | | |
|---|--|
| 1. Ute Vogt , Stuttgart I (84,3 %) | 13. Martin Gerster , Biberach (74,4 %
gegen Sebastian Weigle) |
| <u>2. Gernot Erler</u> , Freiburg (98,1 %) | 14. Katja Mast , Pforzheim (74,2 %) |
| 3. Nicolette Kressl , Rastatt (89,8 %) | 15. Lothar Binding , Heidelberg-
Weinheim (91 %) |
| 4. Christian Lange , Schwäbisch
Gmünd (79 %) | 16. Josip Juratovic , Heilbronn (81 %) |
| 5. Hilde Mattheis , Ulm (71,6 %) | 17. Rita Schwarzelühr-Sutter ,
Waldshut (80 %) |
| 6. Karin Roth , Esslingen (88,2 %) | <u>18. Stefan Rebmann</u> , Mannheim
(80,1 % gegen Anne Jenter) |
| 7. Jörg Tauss , Karlsruhe-Land (78,7 %) | 19. Annette Sawade , Schwäbisch Hall
(61 % gegen Claudia Sünder) |
| <u>8. Ute Kumpf</u> , Stuttgart II (86,3 %) | 20. Johannes Jung , Karlsruhe-Stadt
(87,8 %) |
| 9. Hermann Scheer , Waiblingen (68,9
% gegen Sascha Binder) | |
| 10. Peter Friedrich , Konstanz (76,7 %) | |
| 11. Rainer Arnold , Nürtingen (93,3 %) | |
| 12. Elvira Drobinski-Weiß , Offenburg
(81,2 %) | |

21. Martin Rosemann, Tübingen (50,8 %
gegen Fischer, Mönikes und Scheerer)

22. Jana Zirra, Lörrach –Müllheim (71,4 %
gegen Anne Jenter)

23. Lars Castellucci, Rhein-Neckar (81,6 %)

24. Gabriele Teichmann, Odenwald-
Tauber (51,1 % gegen Claudia Sünder)

25. Johannes Fechner, Emmendingen –
Lahr (54,4 % gegen Jan Mönikes)

26. Sebastian Weigle, Reutlingen (83 %)

27. Angela Godawa, Zollernalb –
Sigmaringen (77,6 %)

28. Thorsten Majer, Neckar-Zaber (95,9
%)

29. Saskia Esken, Calw-Freudenstadt (87,7
%)

30. Sascha Binder, Göppingen (92,7 %)

31. Franziska Engehausen, Böblingen
(86,8 %)

32. Peter Fischer, Rottweil – Tuttlingen
(91,3 %)

33. Anne Jenter, Ravensburg (86,8 %)

34. Jochen Jehle, Bodensee (85,9 %)

35. Friedrich Scheerer, Schwarzwald –
Baar (89,1 %)

36. Werner Henn, Bruchsal-Schwetzingen
(89,1 %)

37. Walter Krögner, Freiburg (89,5 %)

Rot: Direktmandat, Grün: Erfolgreicher Listenplatz

Exkurs 1: Wahlrecht zur Europawahl

- Verhältniswahlrecht mit geschlossenen Listen
 - Eine Stimme für die Parteiliste
 - 99 Abgeordnete
- Wahlhürde
 - Bis 2011: 5% Sperrklausel
 - Ab 2011: ohne Sperrklausel
- Sitzzuteilung: Saint-Laguë ab 2009
- Verrechnungsebene: Bundesebene
- Kandidatenwahl: starre Listen auf Landes- oder Bundesebene

Exkurs 2: Wahlrecht zum Landtag von Niedersachsen

- Personalisiertes Verhältniswahlrecht
 - Landtag: Mindestens 135 Mandate
 - Erststimme: Wahl eines Direktkandidaten
 - Mindestens 87 Direktmandate
 - Zweitstimme: (sog. Wahlkreisstimme) Parteipräferenz (Mandatsverteilung) auf einer starren Parteiliste
 - Mindestens 48 Listenmandate
- Wahlhürde: 5% Sperrklausel, keine Grundmandatsklausel
- Sitzzuteilung: D'Hondt
- Verrechnungsebene: Gesamt Niedersachsen, Überhangmandate möglich

Gliederung der Sitzung

- Übersicht Wahlrecht
 - Erst- und Zweitstimme
 - Sperrklauseln
 - Stimmenverrechnungsverfahren
 - Stimmenauszählung
 - Exkurs Überhangmandate
 - Kandidatennominierung
- Disproportionalität Wahlsystem
- Wahlbeteiligung und Wahlverhalten
- Politische Kultur

Wahlsysteme und Proportionalität (1)

- Die Annahmen über die Proportionalität von Wahlsystemen sollte sich auch in systematischen empirischen Vergleichen zeigen lassen
- Dazu bedarf es eines einheitlichen Indikators: ein sehr häufig verwandter Index für die Disproportionalität eines Wahlsystems ist der „Gallagher-Index“
 - die Disproportionalität für Partei i ist Differenz zwischen ihrem Anteil an Wählerstimmen (v_i) und ihrem Anteil an Mandaten (s_i).
 - diese Differenzen werden quadriert, um große Abweichungen stärker zu gewichten, und summiert
 - Kann für im inklusive oder exklusive von nicht im Parlament vertretenen Fraktionen berechnet werden

Wahlsysteme und Proportionalität (2)

- Index geht von 0 (vollständige Proportionalität) zu 100 (vollständige Disproportionalität)
- Formel:

$$G = \sqrt{\frac{1}{2} \sum (v_i - s_i)^2}$$

Berechnungsmodus für G

Beispielwerte

- Partei A:
 - Stimmanteil (v): 60%
 - Sitzanteil (s): 70%
- Partei B:
 - Stimmanteil (v): 30%
 - Sitzanteil (s): 30%
- Partei C:
 - Stimmanteil (v): 10%
 - Sitzanteil (s): 0%
- Ergebnis: $G = 10$

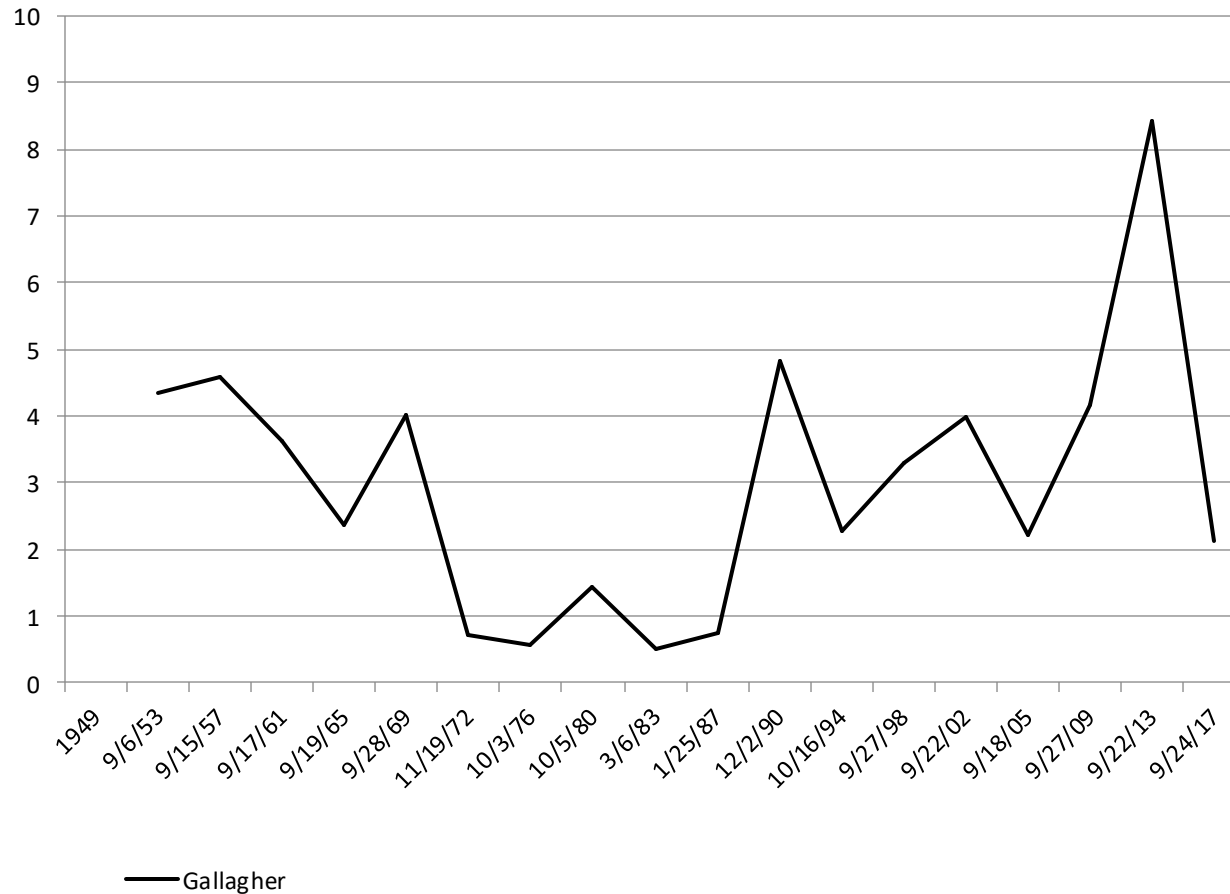
Rechenweg

$$G = \sqrt{\frac{1}{2} \sum (v_i - s_i)^2}$$

$$G = \sqrt{\frac{1}{2} ((60 - 70)^2 + (30 - 30)^2 + (10 - 0)^2)}$$

Gallagher Index in Deutschland

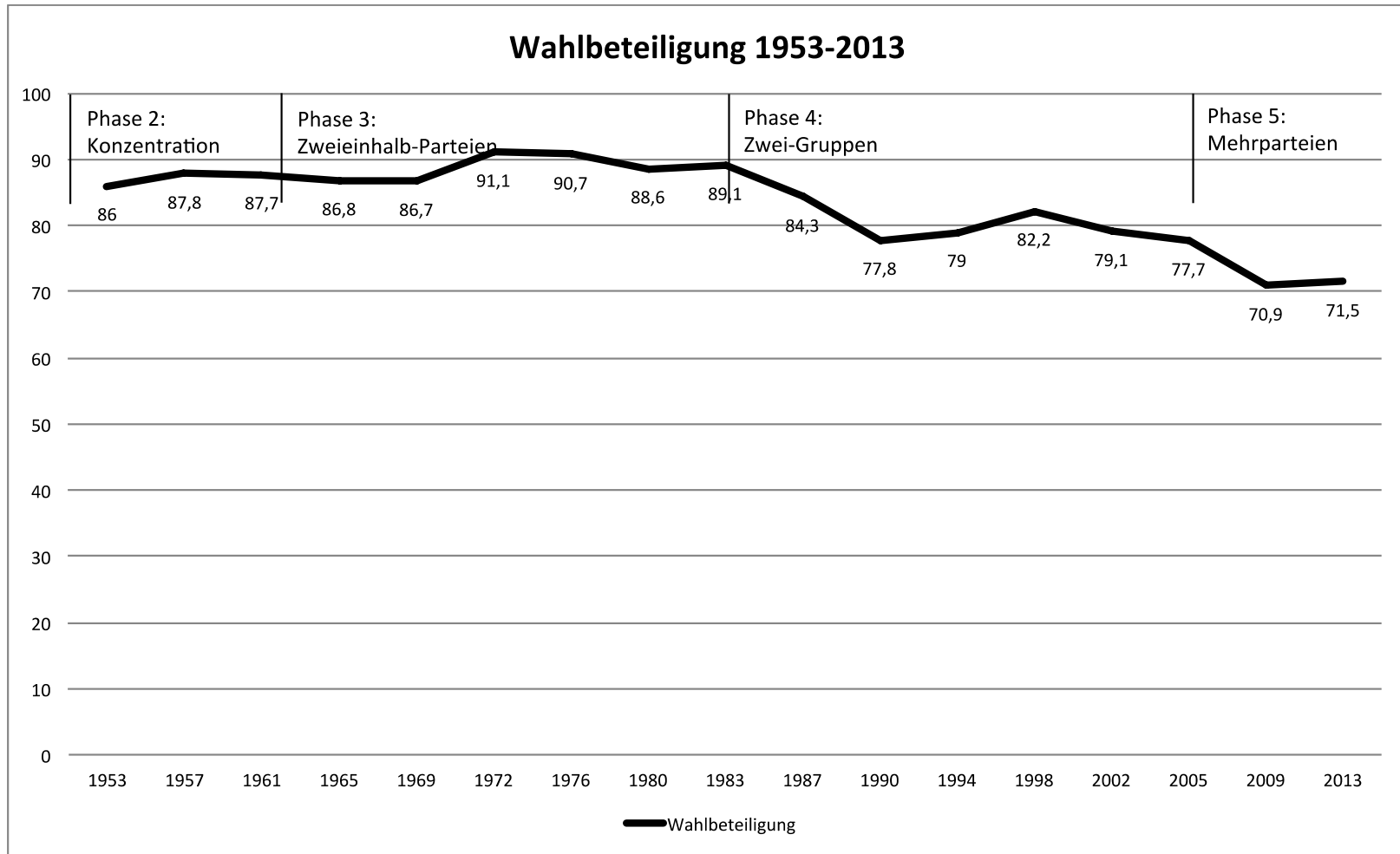
Gallagher-Index der BRD 1953-2017



Gliederung der Sitzung

- Übersicht Wahlrecht
 - Erst- und Zweitstimme
 - Sperrklauseln
 - Stimmenverrechnungsverfahren
 - Stimmenauszählung
 - Exkurs Überhangmandate
 - Kandidatennominierung
- Disproportionalität Wahlsystem
- Wahlbeteiligung und Wahlverhalten
- Politische Kultur

Die Wahlbeteiligung fällt seit 1969 kontinuierlich

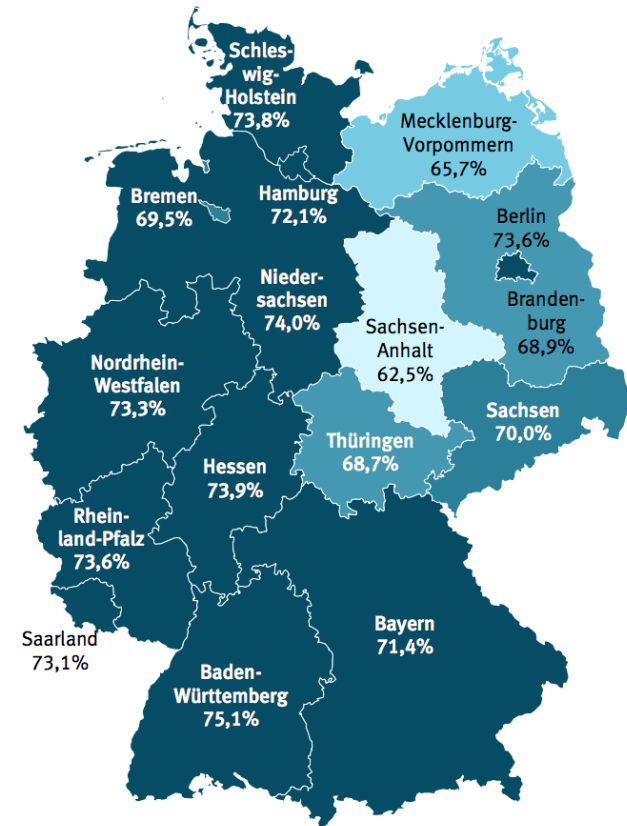


Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2009

- Im Durchschnitt ist die Wahlbeteiligung in den neuen Bundesländern niedriger als in den alten Bundesländern
- Die Wahlbeteiligung variiert auch mit Einkommen und Bildung und Alter

Schaubild 3

Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 nach Ländern

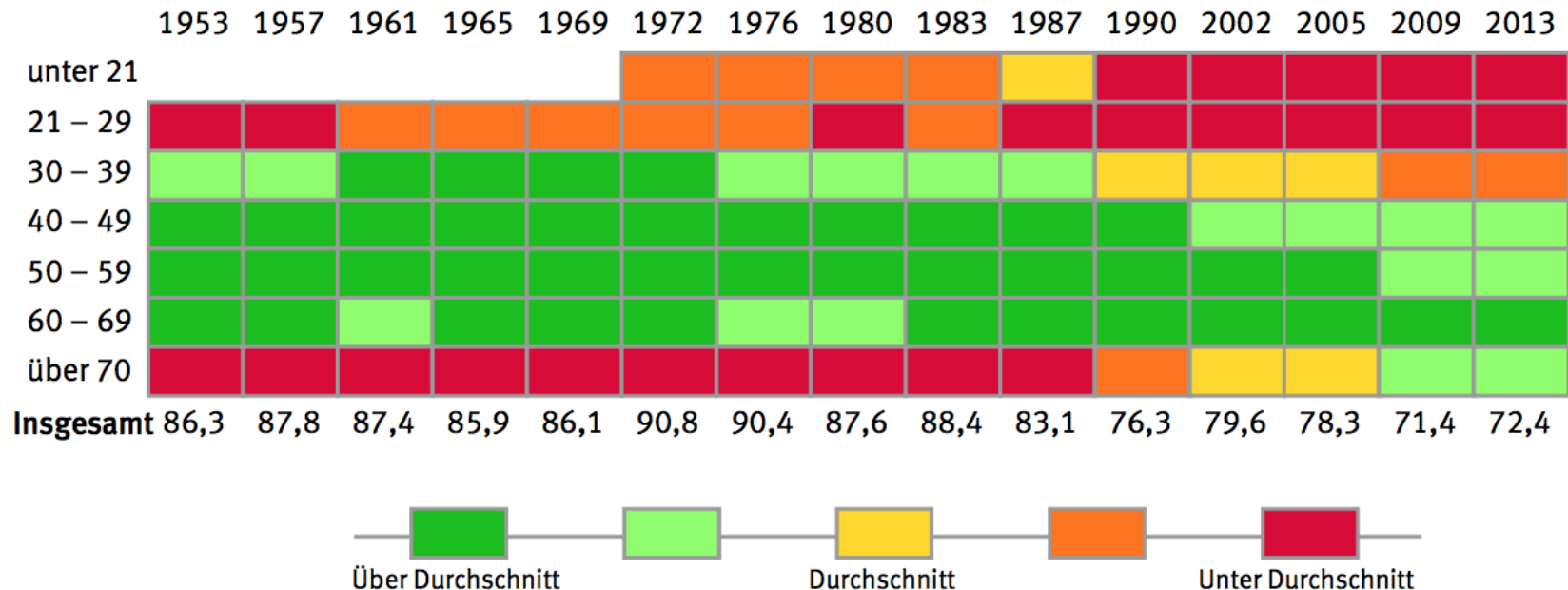


Quelle: Bundeswahlleiter PK 2013

Wahlbeteiligung nach Altersgruppen: Junge wählen seltener

Schaubild 2

Wahlbeteiligung nach Altersgruppen bei Bundestagswahlen seit 1953



Quelle: Bundeswahlleiter PK 2013

Variablen im Wahlverhalten

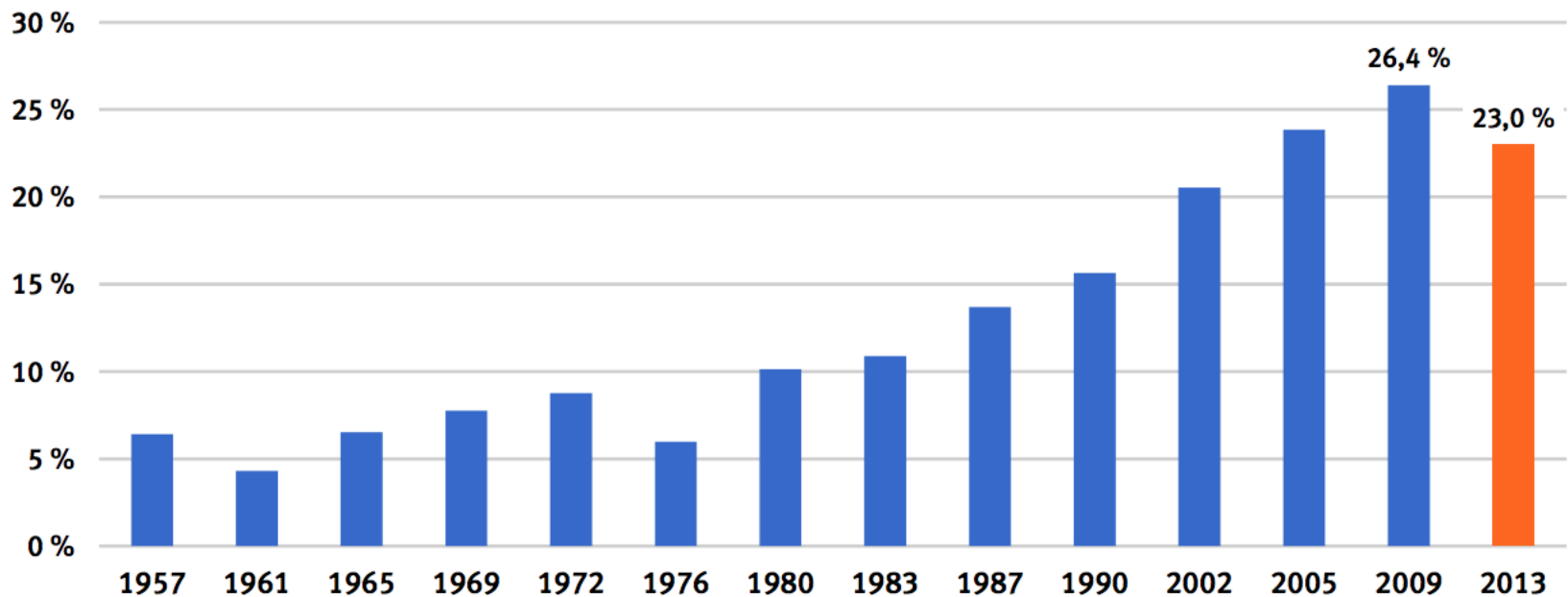
- Strategisches Wählen
- Soziale Schicht und Parteipräferenz
- Konfession und Parteipräferenz
- Demographische Faktoren

Strategisches Wählen

- Zweitstimmenkonstruktion verleitet zu strategischem Wählen. Der Wähler antizipiert dabei das Koalitionsverhalten „seiner“ Parteien
- Fall 1: Anhänger kleiner Parteien
 - Zweitstimme wird nach tatsächlicher Parteipräferenz vergeben
 - Erststimme wird ggf. an Zweitpräferenz vergeben
 - Beispiel: FDP Wähler strebt christlich-liberale Koalition an. Er wählt mit Erststimme CDU und mit Zweitstimme FDP, weil die Erststimme für den FDP Kandidaten wahrscheinlich verloren ist
- Fall 2: Anhänger großer Parteien
 - Erststimme wird nach tatsächlicher Parteipräferenz vergeben
 - Zweitstimme wird ggf. an Zweitpräferenz vergeben
 - Beispiel: CDU Wähler strebt christlich-liberale Koalition an. Er wählt mit Erststimme CDU Kandidaten und mit Zweitstimme FDP Kandidaten, falls diese an der 5%-Hürde zu scheitern droht

Strategisches Wählen (Stimmensplitting) nimmt zu

Schaubild 7
Stimmensplitting bei den gültigen Stimmen seit 1957 in Prozent



Quelle: Bundeswahlleiter PK 2013

Splitting nach Parteien und Geschlecht, insbesondere bei kleinen Parteien

T 8

Wähler, die mit ihrer Erststimme eine andere Partei gewählt haben als mit der Zweitstimme bei den Bundestagswahlen 2009 und 2013 nach Geschlecht

Partei	2009			2013		
	Insgesamt	Frauen	Männer	Insgesamt	Frauen	Männer
	Anzahl je 1 000 Wählerinnen und Wähler					
CDU	124	129	117	105	113	96
SPD	115	124	105	127	136	119
GRÜNE	492	466	526	534	513	565
FDP	531	517	546	706	694	717
DIE LINKE	277	272	281	388	398	379

Quelle: Destatis. Repräsentative Wahlstatistik 2013

Variablen im Wahlverhalten (1)

- Soziale Schicht und Parteipräferenz
 - Wahlneigungen Berufsgruppe/Einkommen
 - Selbständige: FDP/CDU
 - Arbeiter: SPD (bis in die 2000er)
 - Beamte: B90/Grüne
 - Wahlneigung Bildungsgrad
 - B90/Grüne, FDP und Linke/PDS haben höhere Bildung als
 - SPD und CDU mit geringerem Bildungsgrad

Berufsgruppe und Wahlverhalten: Wenig Arbeiter wählen grün, dafür Beamte

Tabelle 3 Wahlentscheidung nach Berufsgruppen
Bundestagswahl-Zweitstimmen in Prozent der Berufsgruppen, ohne Briefwähler

	CDU/CSU		SPD		FDP		Grüne		Linke		AfD
	2013	2009	2013	2009	2013	2009	2013	2009	2013	2009	2013
Insgesamt	41,5	33,8	25,7	23	4,8	14,6	8,4	10,7	8,6	11,9	4,7
Arbeiter	38	31	30	25	ca. 2	13	5	7	12	16	5
Angestellte	41	33	27	24	5	15	10	12	8	12	5
Beamte	43	36	25	26	6	12	12	15	5	8	5
Selbständige	48	36	15	15	10	24	10	13	7	8	6
Landwirte	k.A.	58	k.A.	12	k.A.	15	k.A.	3	k.A.	9	k.A.
Rentner	48	41	29	29	5	12	5	5	9	11	4
Arbeitslose	22	16	25	19	1	9	9	11	21	31	7

Eigener Beruf bzw. der des Haushaltsvorstands.

Quellen: Wahltagsbefragung, in: FG Wahlen, Bundestagswahl, Mannheim 2009, S. 110; dgl. 2013, S. 46 f..

Einkommen und Wahlverhalten: Höhere Einkommen eher Grüne und CDU

Tabelle 4 Wahlneigung nach Einkommensschichten 2005
In Prozent der jeweiligen Einkommensschicht; Juni 2005; n = 9 193

Nettoeinkommen monatlich	CDU/CSU	SPD	FDP	B90/Grüne	L/PDS	Sonstige
über 3 000 Euro	53	24	8	9	3	3
2–3 000 E	47	31	6	7	5	4
1–2 000 E	47	28	8	5	6	6
unter 1 000 Euro	39	30	6	9	8	8

Quelle: Forsa-Umfrage, nach: Cicero, Juli 2005, S. 73.

Bildungsgrad und Wahlverhalten: Höhere Bildung wählt eher Grüne, niedrige eher SPD/CDU

Tabelle 5 Bildungsgrad und Wahlverhalten 2013
In Prozent der Bildungsschichten, ohne Briefwähler

	CDU/CSU	SPD	Grüne	FDP	Linke	AfD	Sonstige
Gesamt	41,5	25,7	8,4	4,8	8,6	4,7	6,3
Hauptschule	46	30	4	ca. 3	7	ca. 3	6
Mittlere Reife	43	25	6	4	10	6	8
Hochschulreife	39	24	12	5	8	5	7
Hochschulabschluss	37	23	15	7	9	5	4

Quelle: Wahltagbefragung, n = 46 595, in: FG Wahlen, Bundestagswahl, Mannheim 2013, S. 51.

Variablen im Wahlverhalten (2)

- Konfession und Parteipräferenz
 - Kirchliche Bindung erhöht die Wahrscheinlichkeit der Wahl von CDU/CSU

Kirchliche Bindung und Wahlverhalten: Katholisch und regelmäßiger Kirchgang zeigt CDU-Neigung an

Tabelle 6 Konfession und Wahlorientierung 2013
In Prozent in der konfessionellen bzw. Kirchgangsgruppe. Ohne Briefwähler

	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Sonstige
<i>a) Konfession und Wahl</i>						
Deutschland insgesamt	41,5	25,7	4,8	8,4	8,6	6,3
• katholisch	53	21	5	7	4	6
• evangelisch	41	30	5	9	6	6
• Sonstige	31	25	4	9	17	8
<i>b) Kirchgang und Wahl 2009</i>						
Nur West (insgesamt)	34,7	24,1	15,4	11,5	8,3	5,9
katholisch						
• jede Woche	67	12	10	5	2	4
• ab und zu	50	17	16	9	4	4
• selten, nie	33	24	17	11	8	7
evangelisch						
• jede Woche	47	20	10	11	4	8
• ab und zu	37	29	13	12	6	3
• selten, nie	28	27	16	13	10	7

Quellen: FG Wahlen, Bundestagswahl, Mannheim 2009, S. 112, 120; FG Wahlen, Bundestagswahl, Mannheim 2013, S. 49.

Quelle: Rudzio 2015: 187

Variablen im Wahlverhalten (2)

- Demographische Faktoren
 - Bevölkerungsdichte
 - Hohe Dichte: SPD, B90/Grüne, PDS
 - Geringe Dichte: CDU, FDP
 - Geschlechtsspezifische Unterschiede
 - Männer: SPD/FDP
 - Frauen: CDU/CSU
 - Generationenunterschiede
 - Ergebnisse instabil
 - Einwanderer
 - Aussiedler wählen konservativ (CDU)
 - Sonstige Einwanderer stärker links (SPD/Grüne)

Alter und Wahlverhalten: SPD und CDU als zunehmende Rentnerparteien

Tabelle 7 Die Wahl der Altersgruppen (in Prozent der Altersgruppen)

Alter	18–24 Jahre.		25–34 Jahre		35–44 Jahre		45–59 Jahre		60– Jahre	
	2009	2013	2009	2013	2009	2013	2009	2013	2009	2013
SPD	18,2	24,5	17,0	21,9	20,2	21,7	23,4	26,3	27,3	28,4
CDU	20,9	25,1	23,7	29,6	24,1	32,9	23,7	31,4	34,4	40,2
CSU	5,2	6,5	6,0	6,9	6,0	7,5	5,7	6,9	8,0	8,2
FDP	15,3	4,9	18,3	4,7	16,6	4,9	14,4	4,4	12,2	5,0
Grüne	15,4	11,9	13,8	10,7	14,8	11,2	12,5	10,4	5,0	4,3
Linke/PDS	10,3	7,4	10,5	8,6	11,2	8,0	15,2	9,8	10,4	8,0

Quelle: Der Bundeswahlleiter, Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013, Heft 4, S. 16 f.; Eckhard Jesse, Die Bundestagswahl 2013 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik, in: ZParl 2014, S. 113 ff.

Einwanderung und Wahlverhalten: Aussiedler CDU, Muslime SPD/Grüne

Tabelle 8 Wahlabsichten Eingebürgerter 2002 (in Prozent derer mit Absicht)

	PDS	GRÜNE	SPD	FDP	CDU/CSU
Aussiedler	1	3	28	5	63
Sonstige Eingebürgerte	3	13	55	7	21
• darunter Muslime	2	19	61	4	14

Quelle: Kumulierte Politbarometer-Umfragen. Andreas M. Wüst, Einstellungen von Parlamentskandidaten gegenüber Einwandererminoritäten in Deutschland und den Niederlanden, in: ZParl 2005, S. 142 ff., hier 143.

Abschwächende Milieubindungen

- Durch Säkularisierung, Rückgang der Arbeiterschaft und höhere Mobilität lösen sich Milieus auf
- Deutlichstes Beispiel: SPD in NRW, aber auch CSU in Bayern
- Die Regionen unterscheiden sich aber immer noch im politischen Klima

Bewegliches Wahlverhalten

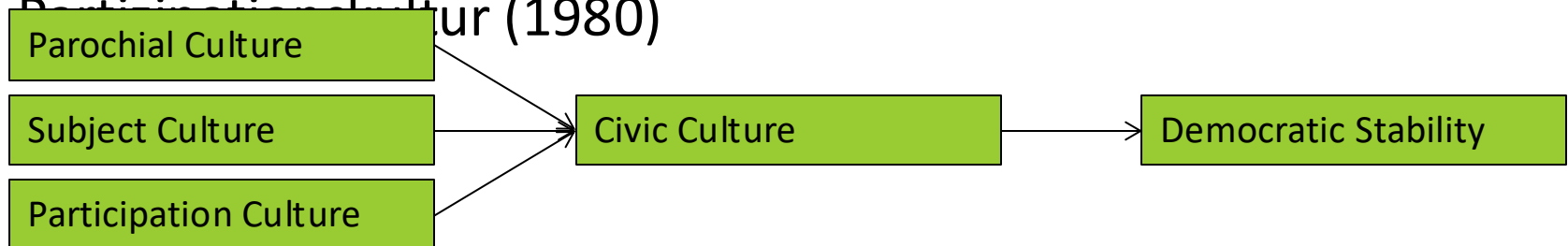
- Stärkere Entkoppelung von Sozialstruktur und Wahlverhalten
 - Rückgang der Parteiidentifikation
 - Steigender Anteil an Unentschlossenen, Spätentschlossenen und Wechselwählern
- Deshalb rücken neue Variablen in den Vordergrund
 - Popularitätszyklus von Regierungsparteien
 - Problemrelevanz und Lösungskompetenz einer Partei
 - Besondere Ereignisse
 - Amtsbonus
 - Kandidatenbild
 - Wahlkampfstrategie: Unterhaltung und Medienkampagnen

Gliederung der Sitzung

- Übersicht Wahlrecht
 - Erst- und Zweitstimme
 - Sperrklauseln
 - Stimmenverrechnungsverfahren
 - Stimmenauszählung
 - Exkurs Überhangmandate
 - Kandidatennominierung
- Disproportionalität Wahlsystem
- Wahlbeteiligung und Wahlverhalten
- Politische Kultur

Politische Kultur: Civic Culture Studie

- Klassiker: Almond, Gabriel A. /Verba, Sidney, 1963: The Civic Culture. Newbury Park: Sage
- Verteilungsmuster von Einstellungen der Bevölkerung gegenüber den politischen Objekten (Institutionen, Prozessen, Ergebnissen)
- Grundidee: Eine partizipative Kultur ist für die Stabilität einer Demokratie erforderlich
- Deutschland bewegt sich von Untertanenkultur (1963) zu Partizipationskultur (1980)



Zwei Grundmodelle der Identifikation von Bürgern mit dem politischen System

Allegiance model (eher repräsentativ)

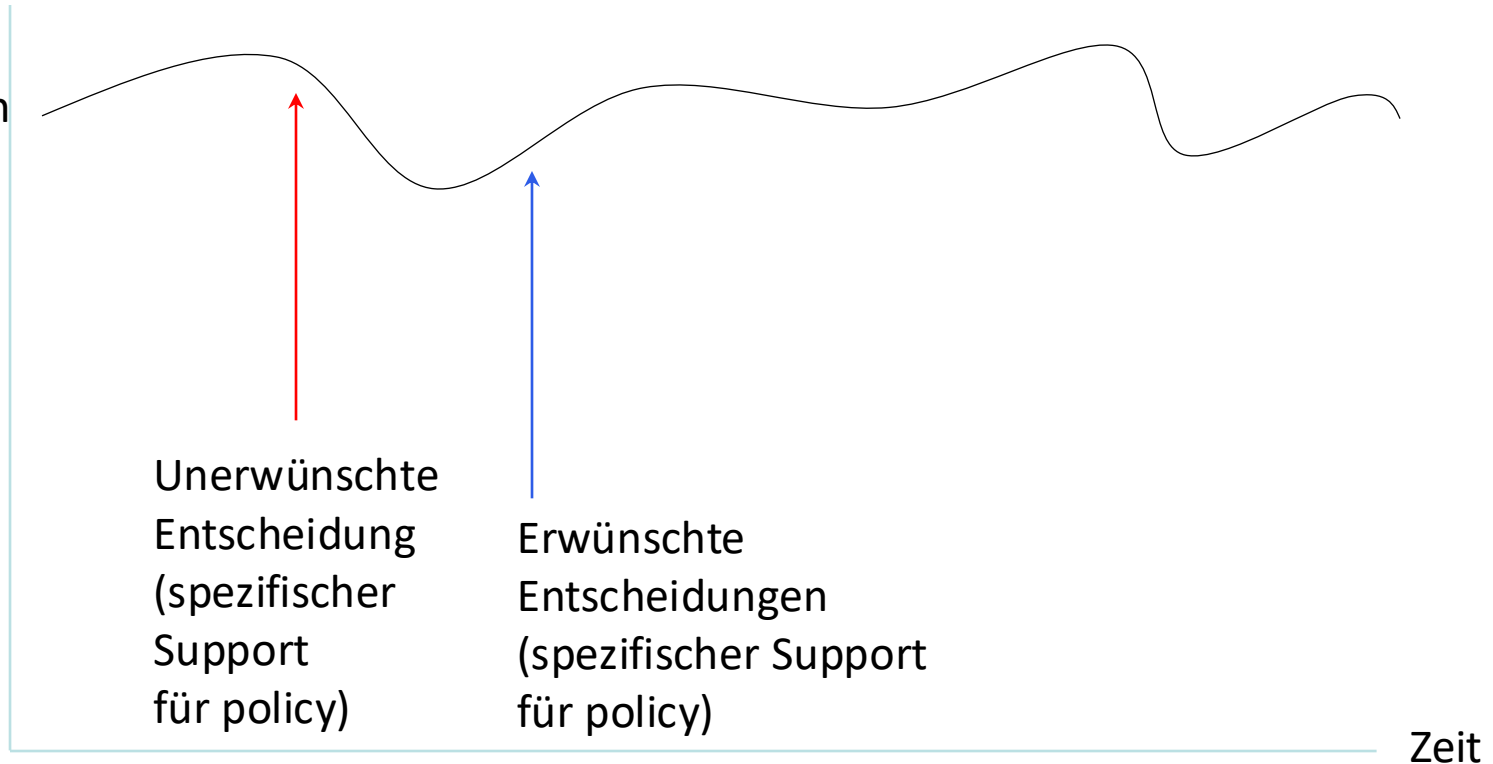
- David Easton 1965
- Bürger unterstützen einzelne Policy Entscheidungen (specific support)
- Specific support akkumuliert sich über Zeit
- Bürger unterstützen das politische System über eine affektive Zuneigung (diffuse support)
- Der Bürger ist klassisch repräsentativ beteiligt und konkrete Entscheidungen eher elitegetrieben

Assertive model (repräsentativ und direkt)

- Ronald Inglehart 1977
- Bürger unterstützen das politische System, wollen aber auch bei spezifischen Entscheidungen partizipieren.
- Sie haben die Fähigkeiten und die Motivation zur Partizipation
- Empirische Befunde zeigen eine kritischere Haltung gegenüber Politikern und dem System

Diffuser und spezifischer Support

Allgemeine
Unterstützung
Für die Institution
(diffus)



Diffuse Unterstützung für die Institution erhöht oder senkt sich
akkumuliert über spezifische Unterstützung für Entscheidungen

Partizipative Kultur: Demokratiezufriedenheit ist hoch

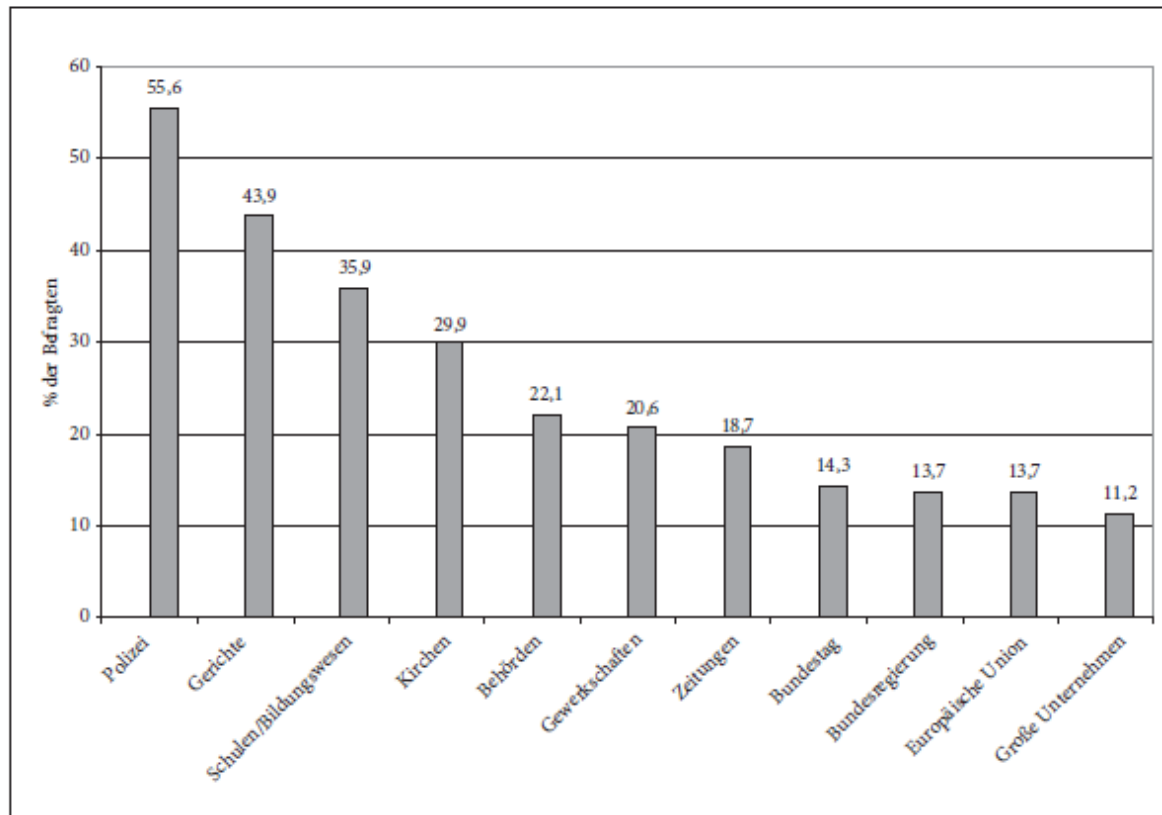
Tabelle 3 Zufriedenheit mit der Demokratie des Grundgesetzes 2008
In Prozent der Befragten; n = 5 681

	Gesamt	Ost	West
Sehr zufrieden	19	10	21
Eher zufrieden	53	48	55
Eher unzufrieden	20	29	18
Sehr unzufrieden	5	8	4

Quelle: Oskar Niedermayer, Bevölkerungseinstellungen zur Demokratie, in: ZParl 2009, S. 383 ff., hier 391.

Diffuser Support: Vertrauen in Institutionen

Grafik 1 Institutionenvertrauen 2006
N = 1003, 5er-Skala nach steigendem Vertrauen, hier Angaben 4 und 5



Quelle: Joachim Behnke, Vertrauen und Kontrolle, in: ZParl 2009, S. 397 ff., hier 402

Quelle: Rudzio 2015: 517

Assertive model: Nutzung unterschiedlicher Partizipationsformen

Tabelle 4 Politische Partizipation in Deutschland
In Prozent der Befragten

Ausgeübte Partizipationsform:	2008, in letzten 2 Jahren ^{a)}	2012, jemals ^{b)}
Wahlbeteiligung	66	67,6
Beteiligung an Unterschriftensammlung	30	42,3
Beteiligung an Produktboykott	22	–
Aktive Versammlungsbeteiligung	15	22,5
Teilnahme an legaler Demonstration	6	18,8
Teilnahme an Online-Protestaktion	6	9,6
Aus Protest andere Partei als nahestehende wählen	6	21,6
Mitarbeit in Bürgerinitiative	5	13,7
Mitarbeit in einer Partei	2	10,5
Teilnahme an nicht genehmigter Demonstration	1	8,6

Quellen: ^{a)} Allbus-Daten 2008, n = 3 469, nach: Winfried Schulz, Politische Kommunikation, 3.A. Wiesbaden 2011, S. 159. ^{b)} Befragung 2012, deutsche Staatsangehörige 14–91 Jahre, n = 2 415 (SPD-Anhänger überrepräsentiert), nach: Oliver Decker u. a., Die Mitte im Umbruch, Bonn 2012, S. 62.

Mögliche Klausurfragen (Wahlen)

- Welche Elemente charakterisieren das deutsche Wahlsystem hinsichtlich Wahlhürde, Kandidatenauswahl, Wahlsystem und Reststimmenverrechnung?

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!